

**N I E D E R S C H R I F T**

(öffentlicher Teil)

**9. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
und Polizeibeirat (Wahlperiode 2018 - 2023) - Gemeinsame Sitzung
mit dem Ausschuss für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.09.2019
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordor Allee 2- 6, 23560 Lübeck,
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Tim Alexander Reclam- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau 2. stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis 18:30 Uhr (TOP 4.2.1)
Ragnar Harald Lüttke- Die Linke	bis 19:40 Uhr (TOP 4.2.7)
Jochen Mauritz- CDU	
Heiko Steffen- AfD	
Frank Zahn- SPD	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Christoph Otte- SPD	
Ursula Wind-Olßon- CDU	Vertretung für: Herrn Lars Rottloff
Ute Friedrichsen- SPD	
Rüdiger Hinrichs- FREIE WÄHLER & GAL	
Rolf Müller- FDP	
Paul-Gerhard Röttger- CDU	
Barbara Steffen- Die Unabhängigen	
Katja Kuncke- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Tim Reclam
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Bruno Hönel- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Dr. Olga Koop- FBC FB 3	
Angela Neitzke- FBC FB 3	

Melanie Wöhlk- 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten	
Bernd Neumann- 3.370 Feuerwehr	ab 16:45 Uhr
Birgit Hartmann- 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	ab 17:20 Uhr
Knut Sturm- 3.820 Stadtwald	ab 17:25 Uhr
Jens Clasen- PR Stadtwald	ab 17:25 Uhr
Dr. Jan-Dirk, Verwey- 3.700 EBL	ab 17:30 Uhr
Dr. Michael Hamschmidt- Gesundheitsamt	bis 17:40 Uhr
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	ab 17:30 Uhr
Bernd Olbrich- Polizeidirektion Lübeck	bis 18:00 Uhr
Torsten Wähling- Polizeidirektion Lübeck	bis 18:00 Uhr
Stefan Muhtz- Polizeidirektion Lübeck	bis 18:00 Uhr
Protokollführung	
Melanie Reichenauer- 3.031 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Staatssekretär Tobias Goldschmidt- MELUND	ab 17:00 Uhr
Dr. Fliege- MELUND	ab 17:00 Uhr
Norbert Jacobsen- IAG mbH	ab 18:00 Uhr
Karin Mechnich- AWO-Drogenhilfe	bis 17:40 Uhr
Sonstige Personen	
Grimm-	
Uwe Lehmke-	
Heinz-Jürgen Riekhof- Forum für MigrantInnen	
Beiratsmitglieder	
Matthias Braun- Naturschutzbeirat	bis 17:40 Uhr
Helmut Franzke- Seniorenbeirat	
Fries-Pieter Friese- Seniorenbeirat	bis 18:30 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
2. stellvert. Stadtpräsidentin Silke Mählenhoff- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Marek Lengen- SPD	- entschuldigt -
Lars Rottloff- CDU	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Feststellung der Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift (öffentlicher u. nichtöffentlicher Teil) vom 20.08.2019
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden
4.2.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.1.	Grundwassermonitoring 2017 - Deponie Ihlenberg IAG mbH
4.2.2.	Neustrukturierung des Ordnungsamtes
4.2.3.	Bürgerservice
4.2.4.	Klimanotstand - weiteres Vorgehen
4.2.5.	Feuerwehrgerätehäuser
4.2.6.	Walderlebnistag
4.2.7.	Lärmaktionsplan
4.2.8.	TraffiStar Geschwindigkeitsüberwachungsanlage
4.3.	Beantwortung von Anfragen
5.	Überweisungen aus der Bürgerschaft
5.1.	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidi- enviertel Vorlage: VO/2019/07842
5.2.	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07867
5.3.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einrichtung eines Rates zur Kriminalpräventi- on Vorlage: VO/2019/07558

5.4.	Freie Wähler & GAL: "Steingärten" reduzieren - Artenvielfalt fördern Vorlage: VO/2019/07809
6.	Anträge der Fraktionen
6.1.	Antrag AM Mauritz (CDU) und AM Zahn (SPD): Verwaltungsvereinbarung zwischen Polizei und Stadt zur Reduzierung der Drogenproblematik in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08140
6.2.	Austauschantrag zu Antrag AM Mauritz (CDU), AM Mählenhoff (Bündnis90/Die Grünen) und AM Zahn (SPD): Verwaltungsvereinbarung zwischen Polizei und Stadt zur Reduzierung der Drogenproblematik in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08140-01
6.3.	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Starker kommunaler Ordnungsdienst Vorlage: VO/2019/07018
7.	Vorlagen
7.1.	Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2019/08075
8.	Berichte und Antworten
8.1.	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten Vorlage: VO/2019/07422
9.	Neue Anfragen und Verschiedenes
9.1.	Anfrage des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Altlasten in St. Lorenz Nord Vorlage: VO/2019/08049
9.2.	Anfrage des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Planung einer Steighilfe mit Kunststoffborsten für die Fischtreppe zwischen Wakenitz und Kanal Vorlage: VO/2019/08129
9.3.	Anfrage AM Tim Reclam (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Zustand lübscher Gewässer Vorlage: VO/2019/08147
10.	Polizeibeirat
10.1.	Mitteilungen der Polizeidirektion
10.2.	Beantwortungen von Anfragen an den Polizeibeirat

10.2.1.	Anfrage des AM Barbara Steffen (Die Unabhängigen): Fahren entgegen der Einbahnstraße Vorlage: VO/2019/07847
10.2.2.	Anfragen des AM Friedrichsen (SPD)
10.3.	Neue Anfragen an den Polizeibeirat
10.3.1.	Anfrage des Am Müller (FDP): Benutzung der Fahrradwege mit Fahrrad-Anhängern

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
--

Der stellvertretende Vorsitzende Tim Alexander Reclam begrüßt alle Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Polizeibeirats sowie die gemeinsame Sitzung zusammen mit dem Sozialausschuss.

Herr Müller als ältestes Mitglied verpflichtet Herrn Tim Alexander Reclam als bürgerliches Mitglied zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten gemäß § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO) und führt ihn durch Handschlag in sein Amt ein.

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung
--

Die Verwaltung beantragt das Vorziehen der Tagesordnungspunkte (TOP) 5.1, 5.2, 6.1 und 6.2 zum Thema Drogenszene am Krähenteich zur gemeinsamen Beratung mit dem Sozialausschuss sowie des TOP 10 Polizeibeirat und des TOP 4.2.1 Grundwassermonitoring 2017 aufgrund der Anwesenheit von Gästen. Herr Reclam erklärt, dass die gemeinsame Beratung der Vorsitzende des Sozialausschusses, Herr Schaffenberg leiten werde, die Abstimmungen zu den Vorlagen dann aber getrennt in jedem Ausschuss erfolgen.

Herr Reclam weist daraufhin, dass die Sitzung zur Unterstützung der Protokollführung aufgezeichnet werde.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die beantragten Änderungen der TO, die gemeinsame Beratung mit dem Sozialausschuss sowie die Aufzeichnung der Sitzung.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher u. nichtöffentlicher Teil) vom 20.08.2019

Der Ausschuss stellt die Niederschrift des öffentlichen und des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 20.08.2019 einstimmig fest.

Anmerkung der Protokollführung:

Das Protokoll wurde vor der Sitzung um die **Anmerkungen von Herrn Zahn** ergänzt:

TOP 4.2.2. Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ)

Anmerkung des AM Zahn nach der Sitzung:

Für die Lärmschutzwand liege keine Genehmigung zur Errichtung durch die Hansestadt Lübeck vor.

TOP 4.2.5 Personalsituation Bürgerservice und Führerscheinstelle

Herr Hinsen beantwortet die Fragen der AM Zahn und Müller **zum Thema Wiedereröffnung der Stadtteilbüros**. Das Stadtteilbüro im Hochschulstadteil werde voraussichtlich als erstes im Oktober eröffnet.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es liegt nichts vor.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Grundwassermonitoring 2017 - Deponie Ihlenberg IAG mbH

Herr Reclam begrüßt Herrn Staatssekretär Goldschmidt und Herrn Dr. Fliege vom MELUND sowie Herrn Jacobsen als Geschäftsführer der IAG mbH.

Herr Jacobsen erklärt anhand einer Präsentation das Grundwassermonitoring 2017 und beantwortet Fragen der AM Zahn, Friedrichsen und von Frau Steffen (<https://www.ihlenberg.de/newsreader-267/endbericht-grundwassermonitoring-2017.html>).

Herr Staatssekretär Goldschmidt äußert Verständnis für die Befürchtungen, die mit dem Betrieb der Deponie einhergehen. Fachleute würden fortlaufend die Qualität des Trinkwassers untersuchen, aktuell gebe es keinen Grund zur Beunruhigung. Der neuere Teil der Deponie entspreche dem Stand der Technik, der ältere Teil nicht, daher sei das Monitoring sinnvoll und eine kritische Beobachtung durch die Verwaltung und Politik notwendig. Für die Entsorgung von Abfällen seien sowohl Mecklenburg-Vorpommern (MV) als auch Schleswig-Holstein und andere Bundesländer auf die Deponie Ihlenberg angewiesen. Die Gespräche zur gemeinsamen und objektiven Planung des weiteren Betriebs und Alternativen einer DK III Deponie liefen unter der Federführung von MV. Herr Staatssekretär Goldschmidt beantwortet die Fragen von den Herren Franzke, Müller, Zahn und Hönel.

Herr Reclam beantragt das Rederecht für Herrn Uwe Lehmke von der Bürgerinitiative „Stoppt die Deponie Ihlenberg“ sowie für Herrn Grimm (Öffentlichkeit). Der Ausschuss erteilt Herrn Lehmke und Herrn Grimm einstimmig das Wort.

Herr Lehmke erklärt, dass das Oberflächenwasser nicht im Monitoring berücksichtigt sei und hinterfragt die Maßnahmen bzgl. der erhöhten Tritiumwerte. Herr Jacobsen widerspricht dem und verweist darauf, dass ein entsprechendes Gutachten im Deponiebeirat vorgestellt worden sei. Es liege demnach keine Gesundheitsgefährdung vor.

Herr Grimm ergänzt, dass die Deponie seines Wissens nach in die Wakenitz und die umliegenden Seen entwässere. Herr Jacobsen stellt dar, dass man bei den Überprüfungen aber keine nennenswerte Beeinträchtigung festgestellt habe.

zu 4.2.2 Neustrukturierung des Ordnungsamtes

Herr Senator Hinsen erläutert die Zusammenlegung der Bereiche 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten und 3.327 Verkehrsangelegenheiten zu einem neuen Bereich 3.320 Ord-

nungsamt. Frau Wöhlk erklärt die derzeitige Situation und die zukünftige Aufteilung und beantwortet die Fragen von den AM Herrn Steffen, Zahn und Reclam.

zu 4.2.3 Bürgerservice

Frau Wöhlk und Herr Hinsen erklären die derzeitige Personalsituation und die aktuellen Terminwartezeiten, die nur in der Innenstadt noch nicht tagesaktuell realisiert werden könnten.

zu 4.2.4 Klimanotstand - weiteres Vorgehen

Frau Hartmann informiert über die neue Berichtsvorlage VO/2019/08081 - Klimanotstand - Anforderungen an den Haushalt 2020 - zum Thema Klimaschutzmaßnahmen und beantwortet die Fragen der AM Reclam, Lüttke und Zahn. Herr Zahn kritisiert, dass seit der Einwohnerversammlung im Juni die Verwaltung noch nicht tätig geworden sei. Frau Hartmann stellt klar, dass diese Anfragen erst seit der letzten Bürgerschaft im August dem FB 3 als Überweisung vorlägen und die Verwaltung schon daran arbeite. Herr Lüttke erklärt, dass die Anfragen und Anträge aus der Einwohnerversammlung am Ende wieder in der Bürgerschaft entschieden werden müssten und keine Übertragung der Entscheidung möglich sei. Dies bestätigt Herr Reclam. Herr Hinsen ergänzt, dass zusammen mit den umweltpolitischen Sprechern die Zusammensetzung dieser Steuerungsgruppe geklärt werde. Herr Franzke erinnert an die hohe Erwartungshaltung insbesondere der engagierten Jugendlichen.

zu 4.2.5 Feuerwehrgerätehäuser

Herr Neumann berichtet darüber, dass die beiden Förderanträge gestellt seien.

zu 4.2.6 Walderlebnistag

Herr Sturm informiert über den Walderlebnistag mit ca. 8000 Besuchern, der sich als Familienfest etabliert hat und jeden 1. Sonntag im September stattfindet. Das Reallabor Wald der Naturwald Akademie wurde als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet.

zu 4.2.7 Lärmaktionsplan

Frau Hartmann informiert über die Auslegung des Entwurfs zum Lärmaktionsplan vom 09. September 2019 bis zum 06. Oktober 2019, der alle 5 Jahre erfolge, und weist auf die Möglichkeiten zur Einsichtnahme und zu Stellungnahmen hin.

- **Internetseiten** der Hansestadt Lübeck mit der Möglichkeit zum Download der Unterlagen unter: <https://www.luebeck.de/hl/Laerm>
- **Auslage** im Geschäftszimmer (Zimmer 1.062) des Bereichs Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, Kronsfordter Allee 2-6, zu folgenden Servicezeiten: montags bis

dienstags von 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr, donnerstags von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr und freitags von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr, oder nach telefonischer Terminvereinbarung unter 0451-122-3969.

zu 4.2.8 TraffiStar Geschwindigkeitsüberwachungsanlage

Herr Hinsen berichtet über die aktuelle Rechtsprechung zum Einsatz der mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen. Die Anlagen könnten genutzt werden und rechneten sich auch.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen unter TOP 4.2.1 bis 4.2.8 zur Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

Schriftliche Beantwortung der Anfragen von AM Wind-Olßon vom 20.08.2019 nach der Sitzung:

1. *In Travemünde, Baggersand und Fahrenberg, sind anlässlich von Bauarbeiten diverse Bäume abgeholzt worden. Ist eine Ersatzanpflanzung und ggfls. Wo erfolgt? Oder ist eine Ausgleichszahlung erfolgt? Diese Anfrage erfolgt vor dem Hintergrund, dass geplant ist, eine Million Bäume zu pflanzen.*

Antwort des Bereichs 5.660:

Für die Baumaßnahme Baggersand/Hafenquartier gemäß B-Plan 32.14.00 wurde ein Antrag auf Waldumwandlung seitens der KWL gestellt (siehe Anlagen – inkl. Lageplan).

Hierin wird die Größe der Waldfläche, die einer anderen Nutzungsart (Parkplatz) zugeführt wurde, mit 15.347 m² angegeben. Diese Fläche wurde mit einer Ersatzaufforstung im Umfang von 30.694 m² in Niendorf-Moorgarten ausgeglichen. Zusammen mit weiteren auszugleichenden Maßnahmen „rund um den neuen Parkplatz“ belaufen sich die Ersatzaufforstungen auf 38.700 m².

Für die Maßnahme Am Fahrenberg liegen hier im Bereich 5.660 keine Angaben vor.

2. *Welche Flächen in Lübeck sind für „Graffiti“-Malereien (oder andere) freigegeben? Ist der Ordnungsdienst darüber informiert?*

Antwort des Bereichs 5.660 Stadtgrün und Verkehr:

Für das Sprayen freigegeben sind die Brückenpfeiler der Marienbrücke auf der Ostseite einschließlich unserer Bauhofwand und dem stadtseitigen Widerlager sowie auf der Westseite auf der Böschung zum Stadtgraben (natürlich immer auf eigene Gefahr). Auch das Sprayen auf dem Flusspfeiler und der flussseitigen Bauhofwand wird geduldet (wenn man denn dort hinkommt). Die Flächen werden auch entsprechend mehr oder weniger rege genutzt. Ausdrücklich nicht freigegeben sind die Pfeiler im Bahnbereich, weil es hier lebensgefährlich ist, zu sprayen. Außerdem ist das Betreten des Bahngeländes ohnehin nicht erlaubt. Weitere

Flächen sind an den Widerlagerflächen der Straßenbrücke Ivendorf (Überführung der K 10/des Zubringers zur B 75) zwischen Ivendorf und Kücknitz freigegeben.

Die Polizei ist über die Freigabe informiert, das Ordnungsamt wurde von unserer Seite hierüber nicht informiert.

Antwort des Bereichs 3.322 Melde- und Gewerbeangelegenheiten:

Das Ordnungsamt hat keinerlei Informationen, welche Flächen in Lübeck offiziell für Graffiti freigegeben sind.

3. Bei Großveranstaltungen in Lübeck: Wer räumt auf? Wer zahlt für die entstandenen Kosten?

Antwort der Entsorgungsbetriebe Lübeck:

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck betreuen Großveranstaltungen im Hinblick auf die Abfallentsorgung. Beahlt werden die Kosten vom jeweiligen Veranstalter – dies werde vorher abgesprochen und festgelegt.

Bei einigen Veranstaltungen reinigen die EBL nur auf befestigten Flächen. Auch hier trägt der Veranstalter die Kosten. Grundsätzlich ist der Veranstalter verantwortlich für die Reinigung der Veranstaltungsfläche, könne aber auf Drittfirmen zurückgreifen. Jede Veranstaltung müsse angezeigt werden, der Bereich Gewerbeangelegenheiten verweist im Festsetzungsbescheid speziell darauf, dass eine Reinigung zu erfolgen habe: „Sofern die Reinigung der Veranstaltungsfläche nicht unverzüglich nach Veranstaltungsende begonnen und abgeschlossen wird, ist die Hansestadt Lübeck – Entsorgungsbetriebe – berechtigt, die Reinigung selbst durchzuführen oder von beauftragten Dritten auf Kosten des Veranstalters durchführen zu lassen.“

4. Zur Wallhalbinsel: Sind erforderliche Genehmigungen (Ausschank u.a.?) vorhanden? Wie gestaltet sich die Unterbringung von Flüchtlingen zurzeit?

Antwort des Bereichs 2.500.55 – Flüchtlingsunterbringung

Auf der Wallhalbinsel sind aktuell keine Flüchtlinge durch die Hansestadt Lübeck untergebracht.

Antwort des Bereichs 3.322 – Melde- und Gewerbeangelegenheiten:

Eine Erlaubnis nach dem Gaststättengesetz liegt für die „Alternative“ nicht vor, da es sich um keinen Betrieb handelt, der die Bedingungen des Gewerbebegriffs erfüllt. Dazu wäre u.a. eine Gewinnerzielungsabsicht erforderlich. Es liegen jedoch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass durch das Verabreichen von Getränken an Ort und Stelle Überschüsse über die Aufwendungen hinaus, die für die Unterhaltung der Gaststätte aufzubringen sind, erzielt werden.

zu 5	Überweisungen aus der Bürgerschaft
-------------	---

zu 5.1	BM Möller - Dringlichkeitsantrag: Sofortmaßnahmen im Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07842
---------------	---

Empfehlung des Ausschusses für die abschließende Entscheidung der Bürgerschaft:

Beschluss:

- 1. Der Bürgermeister wird gebeten, den im Wohngebiet Aegidienviertel gelegenen sogenannten „Drogenplatz“ An der Mauer/Krähenstraße umgehend in die Liste der „Angsträume“ mit oberster Priorität aufzunehmen.**
- 2. Weiterhin ist als Erstmaßnahme der sofortige Totalrückschnitt des Buschwerks auf dem „Drogenplatz“ zu veranlassen mit dem Ziel, die Einsehbarkeit des Platzes herzustellen und damit dem ungestörten Dealen entgegenzuwirken. (Eine Befreiung von der Fällverbotsfrist vom 1. März – 30. September, Bundesnaturschutzgesetz dürfte kein Problem sein, da aufgrund des regen Treibens auf dem Platz keine Nistplätze von besonders geschützten Tieren zu erwarten sind.)**

Gemäß TOP 2 werden die TOP 5.1, 5.2 und 6.1, 6.2 gemeinsam beraten. Die Abstimmung über die Anträge wird unter dem jeweiligen TOP dargestellt.

Der Vorsitzende beantragt das Rederecht für Frau Mechnich von der AWO.

Die Ausschussmitglieder erteilen Frau Mechnich einstimmig das Wort.

Herr Olbrich erläutert die derzeitige Situation und Entwicklung in den letzten zwei Jahren. Der Krähenteich sei mittlerweile als gefährlicher Ort eingestuft.

Durch die gemeinsamen strategischen Maßnahmen der Polizei, dem städtischem Ordnungsdienst und der Ausländerbehörde sei die missbräuchliche Nutzung des Krähenteich-Platzes reduziert worden und es seien mehr beweiskräftige Verurteilungen erfolgt, ohne dass eine Ausdehnung der Szene zu beobachten sei. Das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen sei dagegen nicht verbessert worden.

Auch wenn eine Weiterführung dieser Strategie und der täglichen Kontrollen notwendig sei, würde eine Intensivierung der Maßnahmen die Situation nicht mehr grundlegend verändern. Daher sei jetzt die Auflösung der Szene am Krähenteich bis zum Frühjahr 2020 sinnvoll und notwendig. Dabei werde man genau beobachten und nach Bedarf reagieren, so dass es nicht zu einer Verlagerung oder Ausdehnung der Szene komme. Die Umsetzung dieser Entscheidung werde im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft zwischen der Hansestadt Lübeck und der Polizeidirektion Lübeck erfolgen. Darin werden die konkreten Maßnahmen stufenweise abgestimmt. Konturen und Leitplanken der Sicherheitspartnerschaft werden Ende Oktober veröffentlicht. Im Vorfeld sei keine detaillierte Maßnahmenplanung möglich, da nicht alle Auswirkungen und Entwicklungen absehbar seien.

Herr Dr. Hamschmidt erläutert hierzu die bereits umfangreichen Kooperationen in der Hansestadt Lübeck und verweist auf das gesamtstädtische trägerübergreifende Suchtpräventionskonzept, das dem Ausschuss für Soziales vorgestellt wurde, inhaltlich allerdings auf alle Suchtformen eingehe. An den Lübecker Schulen gebe es z. B. ein Suchtpräventionsnetzwerk. Im Gesundheitsamt sei für die Suchtprävention und -beratung mindestens eine weitere Stelle notwendig. Herr Dr. Hamschmidt kündigt einen Zwischenbericht der beiden seit Frühjahr 2019 tätigen Streetworker der AWO und Diakonie zum Jahresende an, anhand dessen man sich über die Ausweitung des Streetworks auf weitere Gebiete austauschen könne.

Frau Mechnich berichtet von den Begegnungen im Kontaktladen in der Wahnstraße und die Nutzung durch die Betroffenen. Sie stellt dar, dass durch die Verlagerung der Szene eine

größere Mobilität erforderlich werde, da die Suchtkranken weiterhin Teil der Gesellschaft seien und ihnen geholfen werden müsse, auch wenn der langjährige Treffpunkt nicht mehr genutzt werden könne. Zudem werden zukünftig einige externe Hilfeangebote wegfallen. Wie sich das auf die Auslastung und Nutzung des Kontaktladens auswirken werde, bleibe abzuwarten.

Hierzu sprechen die AM vom Sozialausschuss Herr Hönel, Frau Akyurt, Herr Voht, Herr Müller, Frau Friemer, Herr Hönel und Herr Schaffenberg sowie die AM des Umweltausschusses Herr Lüttke, Herr Zahn, Herr Langbehn, Herr Hinrichs.

Herr Senator Hinsen ergänzt, dass man sich dieser Problematik nur gemeinsam mit dem Ziel annehmen könne, die Kriminalität, insbesondere von problematischen Einzelpersonen in der offenen Szene, zu bekämpfen, um die Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten. Zu den repressiven Maßnahmen sei ferner die Präventionsarbeit und die Hilfe für die Suchtkranken erforderlich. Dafür seien neue Stellen notwendig und ein Drogenmobil sinnvoll.

Herr Reclam hält die Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft (TOP 5.1 - 5.2) somit für erledigt, der Ausschuss stimmt dem zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag als erledigt zu betrachten.

zu 5.2	Antrag von CDU und SPD zu VO/2019/7842 Maßnahmenpaket Wohngebiet Aegidienviertel Vorlage: VO/2019/07867
---------------	--

Empfehlung des Ausschusses für die abschließende Entscheidung der Bürgerschaft:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten,

ein fachbereichsübergreifendes Konzept vorzulegen, das im Rahmen der städtebaulichen Neugestaltung der südlichen Altstadtinsel folgende Punkte beinhaltet:

- 1. Im Zuge des Rahmenplanes Innenstadt wird auch der Platz an Ecke An der Mauer/ Rehderbrücke umgestaltet, um die dortige Aufenthaltsqualität für Anwohner und Gäste der Hansestadt zu verbessern.*
- 2. Ergänzend werden die eingeleiteten fachbereichsübergreifenden Maßnahmen weiter entwickelt, um die Drogenszene in der Hansestadt Lübeck zurück zu entwickeln.*
- 3. Die erfolgreiche Arbeit von Stadt und Polizei zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Betreuung der Suchtkranken wird fortgesetzt und wenn nötig intensiviert.*

Siehe TOP 5.1.

Herr Reclam hält die Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft (TOP 5.1 - 5.2) somit für erledigt, der Ausschuss stimmt dem zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag als erledigt zu betrachten.

zu 5.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Einrichtung eines Rates zur Kriminalprävention Vorlage: VO/2019/07558
--

Empfehlung des Ausschusses für die abschließende Entscheidung der Bürgerschaft:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, den Rat für Kriminalprävention zu reaktivieren. Der Rat soll primär die Aufgabe haben, Ursachen von Kriminalität in der Hansestadt Lübeck zu erkennen und frühzeitig dem Senat und der Bürgerschaft gezielte Gegenmaßnahmen vorschlagen. Der Rat befasst sich nicht nur mit dem Thema Jugendkriminalität, sondern mit der Kriminalprävention aller Bevölkerungs- bzw. Altersgruppen.

*Der Rat soll sich aus Vertreter*innen folgender Akteure zusammensetzen:*

- Polizei
- Jugendhilfe und Jugendarbeit
- Schulen
- Stadtplanung
- Architekten
- Wohnungsgesellschaften
- Kirche
- Seniorenbeirat
- Behindertenbeirat
- Vertreter*innen aus Kinder- und Frauenprojekten
- Vertreter*innen aus ausgewählten Lübecker Verbänden

Der Bürgermeister wird aufgefordert spätestens bis zur Augustsitzung der Bürgerschaft eine entsprechende Beschlussvorlage zur Reaktivierung des Rates zur Kriminalprävention vorzulegen. In der Beschlussvorlage sollen Zusammensetzung, Zielvorstellung und Arbeitsweise des Rates geregelt werden.

Frau Junghans sieht den Kriminalpräventiven Rat im Zuständigkeitsbereich des FB 3, dabei müsse jedoch der konkrete Auftrag mit Zielsetzung formuliert werden. Herr Zahn stellt klar, dass der Antrag so nicht umsetzbar sei und außerdem schon in diesem Ausschuss unter einer anderen Vorlagennummer (VO/2019/07557) behandelt und abgelehnt wurde. Es diskutieren weiter die AM Müller, Friedrichsen und Kuncke.

Bei der Abstimmung waren die AM Langbehn und Lüttke nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2

Nein-Stimmen: 9

Enthaltungen: 1

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 5.4 Freie Wähler & GAL: "Steingärten" reduzieren - Artenvielfalt fördern
Vorlage: VO/2019/07809

Abschließende Entscheidung:

Beschluss:

*Der Bürgermeister möge berichten, mit welchen Maßnahmen die Lübecker Stadtverwaltung private Gartenbesitzer*innen unterstützen kann, damit diese ihre Gärten und Vorgärten artenschutzgerecht herrichten. Damit soll die Anzahl der „Steingärten“ reduziert und die Artenvielfalt gefördert werden.*

Bei der Abstimmung waren die AM Langbehn und Lüttke nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 8

Enthaltungen: 1

Der Ausschuss lehnt mehrheitlich den Antrag ab.

zu 6 Anträge der Fraktionen

zu 6.1 Antrag AM Mauritz (CDU) und AM Zahn (SPD): Verwaltungsvereinbarung zwischen Polizei und Stadt zur Reduzierung der Drogenproblematik in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08140

Herr Reclam weist daraufhin, dass dieser Antrag hinfällig sei, aufgrund des Austausch-
trags TOP 6.2. Dem stimmen die Antragsteller zu.

Der Antrag wird zurückgezogen.

zu 6.2 Austausch Antrag zu Antrag AM Mauritz (CDU), AM Mählenhoff (Bündnis90/Die Grünen) und AM Zahn (SPD): Verwaltungsvereinbarung zwischen Polizei und Stadt zur Reduzierung der Drogenproblematik in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08140-01

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird gebeten, die angekündigte Verwaltungsvereinbarung über eine Sicherheitskooperation mit der Polizei zur Bekämpfung der Drogenkriminalität in der Hansestadt Lübeck im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung, der auch die Funktion des Polizeibeirates wahrnimmt, zur Kenntnis zu geben.

*2. Darüber hinaus möge er die vorgesehenen Maßnahmen,
· zur Auflösung des Drogen-Platzes am Krähenteich,*

·den Ausbau des Sicherheitskonzeptes ZOB und
·die vorgesehenen Maßnahmen in den Stadtteilen (z.B. Schlutup,
Buntekuh, Marli, Travemünde)

darstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 1

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich den Antrag.

Nach der Beschlussfassung des Sozialausschusses endet die gemeinsame Sitzung um 17:40 Uhr.

zu 6.3	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Starker kommunaler Ordnungsdienst Vorlage: VO/2019/07018
---------------	--

Empfehlung des Ausschusses für die abschließende Entscheidung der Bürgerschaft:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert bis zur Haushaltssitzung im November 2019 der Bürgerschaft ein Konzept zur Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes vorzulegen. Insbesondere möge die personelle Ausstattung angesichts der gewachsenen Aufgabenfülle überprüft werden. Außerdem möge hierzu ein Vorschlag zur Aufstockung der personellen und materiellen Kapazitäten gemacht werden. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Bekämpfung von Vandalismus und Müllablagerungen zu legen.

Herr Zahn hält den Antrag inzwischen für erledigt.

Bei der Abstimmung waren die AM Langbehn und Lüttke nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den Antrag als erledigt zu betrachten.

zu 7	Vorlagen
-------------	-----------------

zu 7.1	Bebauungsplan 22.04.00 - Buntekuh / Pinassenweg - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2019/08075
---------------	---

Empfehlung des Ausschusses für die abschließende Entscheidung der Bürgerschaft:

Beschluss:

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.*

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. *Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.*
3. *Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.*

Herr Müller beanstandet, dass unter 5.3.2 Gehrechte (Seite 19 der Begründung) eine Beleuchtung der Wege nicht vorgesehen sei, diese sei aber notwendig. Herr Zahn vermisst zudem den Stellplatzschlüssel für die Ausweisung der Fahrradstellplätze unter 5.2.7 Stellplätze, Garagen und Tiefgaragen (Seite 17 der Begründung – siehe auch Teil B: Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung 6.2 Stellplatzschlüssel).

Bei der Abstimmung waren die AM Langbehn und Lüttke nicht anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlags - unter Berücksichtigung der Ergänzungen - zu beschließen..

Anmerkung der Protokollführung nach der Sitzung:

*Auszug aus dem Teil B des Bebauungsplan 22.04.00 – Buntekuh / Pinassenweg:
6.2 Stellplatzschlüssel*

Prüfung und Abwägung:

Die Unterbringung von öffentlichen Fahrradstellplätzen ist grundsätzlich möglich und kann beispielsweise im Bereich des Quartiersplatzes, im Bereich des BHKW oder auch in den Wohngebäuden im WA 2 untergebracht werden. Eine gesonderte Festsetzung auf Bebauungsplanebene ist dazu nicht erforderlich und schränkt die flexible Anordnung später ein.

Beide Anmerkungen zu 5.3.2 und 5.2.7 können nach Aussage des FB Planen und Bauen nicht im B-Plan berücksichtigt werden.

zu 8	Berichte und Antworten
-------------	-------------------------------

zu 8.1	Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung vom Bereich 2.530 - Gesundheitsamt in den Bereich 3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten Vorlage: VO/2019/07422
---------------	--

Anlass:

Verlagerung der Aufgabe Rattenbekämpfung nach der anliegenden Organisationsverfügung von Bürgermeister Herrn Jan Lindenau und Kenntnisnahme der überarbeiteten Stadtverordnung über die Bekämpfung von Ratten in der Hansestadt Lübeck

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9	Neue Anfragen und Verschiedenes
-------------	--

zu 9.1	Anfrage des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Altlasten in St. Lorenz Nord Vorlage: VO/2019/08049
---------------	---

Auf dem Grundstück des heutigen Baumarktes "Bauhaus" soll lt. Anwohnerauskunft bis nach dem zweiten Weltkrieg eine Verzinkerei betrieben worden sein. Während des zweiten Weltkrieges sei der Betrieb durch Bombenabwürfe beschädigt worden.

Noch heute seien dort Brunnen zur Probewasserentnahme, auch auf den Privatgrundstücken in der Umgebung, installiert und in Betrieb. In der Vergangenheit sei es den Anwohnern untersagt worden, aus eigenen Brunnen Wasser für die Gartenbewässerung zu nutzen.

Fragen:

- Um welche Altlasten handelt es sich und wo liegen sie genau? Sind sie noch im Untergrund vorhanden oder wurden sie bei der Neubebauung entfernt?
- Wo befinden sich die Probebrunnen und welche Stoffe wurden bzw. werden dort gemessen?
- Falls die Belastung weiterhin besteht: Wie wird die Gefährdung der Bevölkerung eingeschätzt?
- Wie werden Anwohner über den aktuellen Zustand informiert?

zu 9.2	Anfrage des Ausschussmitglieds Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Planung einer Steighilfe mit Kunststoffborsten für die Fischtreppe zwischen Wakenitz und Kanal Vorlage: VO/2019/08129
---------------	---

Für die Fischtreppe zwischen Wakenitz und Kanal ist eine Steighilfe mit Kunststoffborsten geplant.

Im Hinblick auf die Diskussion über Kunststoffeinträge in die Umwelt bitte ich um Bewertung der Fischtreppe hinsichtlich:

- *Lebensdauer,*
- *Eintrag von Kunststoffteilchen; wird dieser ggf. durch bestimmte Wetterlagen /Frost, Eis begünstigt*
- *alternative Materialien.*

Antwort nach der Sitzung vom Bereich 5.691 - Lübeck Port Authority:

- Die Lebensdauer der Borsten beträgt ca. 10 – 15 Jahre. Danach sind sie zwar noch funktionstüchtig, müssen allerdings ausgebaut und gereinigt werden und können danach wieder verwendet werden. Die Reinigung wird erforderlich durch vermodertes Laub und sonstige Ablagerungen an den einzelnen Borsten.
- Es ist nicht auszuschließen, dass es Abrieb in Form feinsten Partikel in die Kanaltrave gibt und abgebrochene Borsten in das Gewässer gelangen. Diese „Einträge“ sind im Vergleich zum Gesamteintrag sehr gering. Es überwiegen Kunststoffmüll, Geotextilien, Reifenabrieb und verwitterte Kunststoffoberflächen (Lacke).
- Eine mögliche Alternative zum Kunststoffeinbau ist der Einbau von Steinriegeln. Steinriegel sind in der vorliegenden Planung in Verbindung mit Kunststoffborsten vorgesehen. Verzichte man allerdings auf die Kunststoffborsten, würden mehr Steine verbaut, die Beckenlänge würde sich verkürzen, die Anzahl der Becken somit ansteigen, ebenfalls der Platzbedarf. Zusätzlich würden die Herstellungskosten steigen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die vorhandene Planung der Fischaufstiegsanlage bereichsübergreifend abgestimmt wurde. Sie stellt nach Meinung aller Beteiligten, unter Abwägung aller Bedenken, die optimale Verbindung der Gewässer Wakenitz und Kanaltrave im Sinne des Fischaufstieges, bzw. der Fischwanderung dar.

zu 9.3 Anfrage AM Tim Reclam (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Zustand lübscher Gewässer
Vorlage: VO/2019/08147

Laut einem Bericht des WWF aus November 2018 (anbei) weisen „mehr als 80% der natürlichen Fließgewässer Schleswig-Holsteins einen mäßigen bis unbefriedigenden ökologischen Zustand auf“ (Seite 20). Vor diesem Hintergrund bitte ich um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- 1) *Nach welchem Rhythmus und wie wird die Wasserqualität lübscher Gewässer untersucht?*
- 2) *Wie ist die Wasserqualität lübscher Gewässer zu beurteilen, insbesondere aber nicht ausschließlich der von Wakenitz, Trave und angrenzender Ostsee im Hinblick auf*
 - a. *Nitratbelastung*
 - b. *Quecksilberbelastung*
 - c. *Medikamenten- & Hormoneintrag*
 - d. *Mikroplastikeintrag*

- 3) *Wie haben sich die unter 2) genannten Parameter in den letzten Jahren entwickelt? Ist in den vergangenen Jahren ein Trend, also Verbesserung oder Verschlechterung des ökologischen Zustands zu erkennen?*
- 4) *Wie weit ist die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) im Hinblick auf Lübecks a) Oberflächengewässer und b) Grundwasser fortgeschritten?*
- 5) *Wie hat sich der Fischbestand in Lübeck in den letzten Jahren entwickelt und welche Auswirkungen hatte der Rekordsommers 2018 auf die Lübecker Gewässer im allgemeinen und speziell auf den Fischbestand (Auswertung der Fangstatistik nach §12 der Nutzungsbedingungen über die Ausübung der Angelfischerei auf den Gewässern der Hansestadt Lübeck)? Bitte nach Fischereibezirk I – IV gliedern und für die Jahre 2000, 2009 und 2018 angeben.*

Der Ausschuss nimmt die neuen Anfragen unter 9.1 – 9.3 zur Kenntnis.
Einer Beantwortung des TOP 9.1 und 9.3 erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

zu 10 Polizeibeirat

zu 10.1 Mitteilungen der Polizeidirektion

Es liegt nichts vor.

zu 10.2 Beantwortungen von Anfragen an den Polizeibeirat
--

zu 10.2.1 Anfrage des AM Barbara Steffen (Die Unabhängigen): Fahren entgegen der Einbahnstraße Vorlage: VO/2019/07847

Schriftliche Beantwortung nach der Sitzung:

1. Frage: Ist der Verwaltung bekannt, dass der Teilabschnitt der „Hermann-Lange-Straße“, der als Einbahnstraße ausgewiesen ist, häufig entgegengesetzt der Verkehrsrichtung befahren wird?

Antwort: Der Polizeidirektion Lübeck ist dieser Umstand bekannt.

2. Frage: Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Situation zu entschärfen?

Antwort: Die Polizei stand hinsichtlich der geschilderten Problematik im Austausch mit der Straßenverkehrsbehörde. Mit Schreiben vom 26.08.2019, Az. 660.1-3.13.99 We/-, teilt die Straßenverkehrsbehörde der Hansestadt Lübeck mit, dass die Anordnung zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs vom 10.01.2019 aufgehoben werde. Somit ist bereits eine Lösung herbeigeführt.

zu 10.2.2 Anfragen des AM Friedrichsen (SPD)
--

1. Gibt es Erkenntnisse über **IS-Heimkehrer** nach Lübeck oder Umgebung?
2. Gibt es weiterhin eine starke Zunahme bei der **Genehmigung kleiner Waffenscheine**?
3. **Poser** sowie **Hochzeitskorsos**: Anfang Juni zeigte das Einsatzkonzept der Polizei Wirkung. Ist die Beobachtung der Szene weiterhin gegeben um, wie im Juni diesen Jahres, schnell zu reagieren?
4. "Ehre, Freiheit, Vaterland", Slogan vieler schlagenden **Verbindungen / Burschenschaften**. Sind Lübecker Verbindungen dem Dachverband Deutsche Burschenschaften zuzuordnen? Gibt es Erkenntnisse (vielleicht ähnlich wie in Kiel)?
5. Umgang mit Betrugsversuchen am Telefon (**falsche Polizeibeamte, sogenannter Enkel-trick**).
Wo findet sich diese Art von Betrugsversuch in der Statistik?
Wie viele Anzeigen gab es?
Gab es von Anzeigenden Angebote z. B als "Lockopa, -oma" zu fungieren? Wie wurde das gehändelt?
6. Ist die **Personalsituation** gut, zufriedenstellend?

Herr Olbrich beantwortet die Fragen von Frau Friedrichsen, die bedauert, dass viele Fragen nicht beantwortet werden könnten. Herr Olbrich bietet Frau Friedrichsen ein weiteres Gespräch außerhalb des Ausschusses an, um insbesondere Einzelfälle zu besprechen. Die Polizei sei dankbar für jede Hilfe und Unterstützung durch die Bevölkerung.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortungen unter TOP 10.2.1 - 10.2.2 zur Kenntnis.

zu 10.3 Neue Anfragen an den Polizeibeirat

zu 10.3.1 Anfrage des Am Müller (FDP): Benutzung der Fahrradwege mit Fahrrad-Anhängern

Herr Müller hinterfragt die rechtliche Zulässigkeit der Nutzung bei Zweirichtungsradwegen. Wegen der breiten Fahrradanhänger und der gemeinsamen Nutzung mit anderen Verkehrsteilnehmern komme es häufig zu Problemen auf den Geh- und Radwegen.

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung des Polizeibeirats.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 20 Uhr.

Lübeck, 3. Dezember 2019

Tim Alexander Reclam
Vorsitzende/r

Frau Melanie Reichenauer
Protokollführung